

**Klaus J. Bade,**

**Illegalität in Europa 2030.  
Vermutungen aus dem Jahr 2008**

*Auf Ersuchen ein Herausgebers 2008  
für ein Buch verfasst, das nicht zustande kam.*

In der weltweiten Entwicklung von Bevölkerung Wirtschaft und Wanderung zeichnen sich tiefgreifende Veränderungen ab: Im Zentrum stehen zunehmende ökonomische Entwicklungsspannungen, demographische Alterung und Schrumpfung in hoch entwickelten, ein explosives Wachstum von jungen Bevölkerungen in minder entwickelten Regionen und die Angst vor einem aus von solchen demographischen, ökonomischen, aber auch von ökologischen Faktoren gespeisten Migrationsdruck auf die hochentwickelten Regionen, zu denen auch Europa zählt. Zum Problem gehören dabei nicht nur die Wanderungsbewegungen als solche, sondern auch darauf gerichtete, nicht immer realitätsbezogene Projektionen von ökonomischer, sozialer und kultureller Angst.

Es gibt dazu dramatische Menetekel, philanthropische Beschwörungen und konkurrierende Gestaltungsvorschläge, bislang aber keine einvernehmlich umsetzbaren Lösungskonzepte. Ich erinnere ich mich in diesem Zusammenhang an eine in kleinerem Kreis vorgetragene düstere Vision meines 2004 verstorbenen Freundes, des Züricher Entwicklungssoziologen Prof. Dr. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny aus dem Jahr 1999:

Was Hoffmann-Nowotny nach dem Scheitern aller herkömmlichen entwicklungspolitischen Illusionen vorauszusehen glaubte, war zweierlei: einerseits unterentwickelte Regionen mit pulsierenden Entwicklungspolen (s. Indien und Bangalore) und andererseits hoch entwickelte Regionen mit importierten Heloten in unterentwickelten Beschäftigungsmilieus z. B. in Europa, will sagen: Billiglohnsektoren einer selbst innerhalb der ‚Schattenwirtschaft‘ ausgegrenzten informellen bzw. illegalen Ökonomie, deren weitestgehend schutzlose

Beschäftigte maßgeblich zur Erhaltung des Wohlstands der hoch entwickelten Regionen beitragen, ohne selbst an diesem Wohlstand teilhaben zu können. Die Wirklichkeit ist seiner Vision bereits deutlich nähergekommen ist, trotz aller halbherzigen Bemühungen auf europäischer Ebene. Dieser Trend wird sich bis 2030 wohl fortsetzen.

Das hat auch mit Veränderungen der Existenzbedingungen in den Ausgangsräumen illegaler Zuwanderungen zu tun: Im Bereich der armen Regionen werden die wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen verschärft durch die fortschreitende Welternährungskrise, durch Wasserknappheit, Desertifikation und Klimaveränderungen. Das Ergebnis sind in zunehmendem Maße Hunger- und Umweltkatastrophen, Putsche, Revolutionen und Bürgerkriege sowie Kriege zwischen einzelnen Staaten in den Krisenzonen der Welt, die auch als ‚Umweltkriege‘, ‚Hungerkriege‘ oder ‚Wasserkriege‘ beschrieben werden. Auch vor diesem Hintergrund werden die wanderungsbestimmenden Spannungen innerhalb dieser Regionen bis 2030 noch bedeutend angewachsen sein; denn die genannten Umstände werden in steigendem Maße zu wirtschaftlich, sozial, politisch und im weitesten Sinne umweltbedingten unfreiwilligen Wanderungsbewegungen führen, die sich zunächst flächenartig in den weiter umliegenden Regionen ausbreiten, wie wir das heute schon in Afrika erleben.

Die Kluft zwischen armen und vergleichsweise reichen Regionen wird 2030 weltweit noch größer geworden sein. Vor diesen Hintergründen wird über die Krisenregionen hinaus die weltweite Spannung zwischen kaum mehr entwickelten, minder entwickelten und hoch entwickelten Regionen noch stärker angewachsen sein. Das gilt für neu aufgestiegene wirtschaftliche Großräume wie China, aber auch für den Großraum Europa mit seinen - nach der Aufnahme der Türkei - im Osten, Südosten und Süden noch weit mehr als zu Beginn des Jahrtausends an minder- und unterentwickelte Regionen angrenzenden Gebieten. Es gilt hier vor allem für die damit erweiterten Grenzlagen Europas zu Durchwanderungszonen der illegalen Ost-West-

Wanderung, der illegalen Süd-Nord-Wanderung und der auf Dreieck-Umwegen laufenden illegalen Ost-Süd-Nord- und Süd-Ost-West-Wanderungen.

Dagegen wird die ‚Festung Europa‘ ihre Grenzen bis 2030 in einem heute noch nicht vorstellbaren Maße abgeschottet haben. Aus dem weitgehend ineffektiven und wenig beherzten Kampf gegen die Ursachen unfreiwilliger Wanderungsbewegungen in den Ausgangsräumen wird ein Kampf gegen illegale Flüchtlinge aus diesen Räumen geworden sein. Er dürfte in weit höherem Maße als heute (Frontex u.a.) mit allen verfügbaren, auch militärtechnischen Mitteln geführt werden, um die zu Lande und insbesondere zu Wasser andrängenden Flüchtlinge abzudrängen in als ‚Rückführungslager‘ umschriebene Auffanglager in Grenzregionen mit häufig dramatischen Lebensumständen, trotz der Finanzierung dieser Lager durch entsprechende Zahlungen und anderweitige Gegenleistungen Europas an die entsprechenden Länder.

Dennoch wird der Andrang illegaler Wanderungen an die Grenzen des Großraums Europa anhalten, gerade weil es dort die trotz aller Abwehr nach außen im Inneren – wenn die Hürden einmal überwunden sind – in der Illegalität Überlebensmöglichkeiten gibt, die in den Ausgangsräumen kaum mehr bestehen und die sogar legale Geldtransfermöglichkeiten dorthin gestatten. Denn die Inkonsequenz des europäischen Umgangs mit illegalen Zuwanderern und in der Schattenwirtschaft illegal Beschäftigten wird weiter eine stete Verlockung bilden, immer wieder zum Kampf um die Überwindung der sichtbaren und unsichtbaren Grenzanlagen zu Wasser und zu Land anzutreten: einerseits durch mit gefälschten Papieren oder zu falschen Zwecken getarnte Einreisen (Verwandtenbesuche, Touristen etc. mit anschließender Überschreitung der Aufenthaltsfrist und irregulärer Arbeitnahme); andererseits durch das oft lebensgefährliche Durchbrechen der Grenzsicherungen zu Wasser und auf dem Landweg (illegale Einreise).

Hintergrund: Ganz im Sinne der düsteren Prophezeiung von Hoffmann-Nowotny, wird es in Europa auch weiterhin in starkem Maße Beschäftigungsbereiche und Arbeitsbedingungen geben, für die Europäer und auch legal zugewanderte Arbeitskräfte nicht mehr zu gewinnen sind. Das wird freilich 2030 längst nicht mehr nur für west- und mitteleuropäische Regionen, sondern auch für die neu hinzu gekommen ostmitteleuropäischen Regionen und die Türkei gelten, in denen sich zum Teil eine neue wirtschaftliche Dynamik mit starken Wachstumsimpulsen und Urbanisierungsprozessen entfaltet haben wird mit zugleich auftretenden binnenwirtschaftlichen Disparitäten - die ihrerseits auch dort zu den entsprechenden ‚Polen‘ geführt haben wird, zwischen denen sich ihrerseits schwer kontrollierbare illegale Wanderungsbewegungen entfalten werden.

Im Großraum Europa werden 2030 mithin auch räumlich die Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen Gruppen gewachsen sein, die heute ‚irreguläre Beschäftigte‘, ‚Illegale‘, ‚san papiers‘, ‚sin papeles‘ u.a. genannt werden und zu denen heute die einzelnen Länder Europas noch durchaus unterschiedliche Haltungen einnehmen – von den Regularisierungen in Spanien, Italien und früher auch Frankreich bis zu der strikt abweisenden und doch de facto indirekt akzeptierenden Haltung in Deutschland und den auch konjunkturbedingt schwankenden Haltungen in dieser Hinsicht (s. die Entwicklung in Italien und Frankreich mit den immer wieder auftauchenden Deportationsplänen).

Die Frage, wie die konkreten Lebensbedingungen in dem Bereich aussehen werden, der heute ‚Illegalität‘ o. ä. genannt wird, hängt davon ab, in welchem Umfang es diesen Bereich in seiner heute geläufigen Formenvielfalt dann noch geben wird.

Ich gehe davon aus, daß es im Zusammenhang von demographischer Alterung und Schrumpfung der europäischen Bevölkerung und einem schon im nächsten Jahrzehnt zunehmenden Kampf um Arbeitskräfte einerseits auf allen Ebenen fließende Akzeptanzgrenzen geben wird zwischen legaler und illegaler Zuwanderung, vorausgesetzt daß Nachfrage besteht, d.h. daß entsprechende Arbeitsplätze zur

Verfügung stehen oder zu den entsprechenden Bedingungen nicht anderweitig besetzt werden können. Das wird in Deutschland z.B. schon bald für den zu weiten Teilen illegal funktionierenden und ohne illegale Beschäftigung zusammenbrechenden Pflegesektor gelten. Weil das so sein wird, dürfte es in einigen Bereichen verschiedene, möglicherweise auch europaweit in den Grundzügen arrangierte Zulassungssysteme für legale Arbeitswanderer aus Drittstaaten (Rotationssysteme / zirkuläre Migration mit zum Teil fließenden Übergängen zu Daueraufenthalten) geben.

Das aber wird andererseits nichts an den Versuchen ändern wird, diese Migrationsfilter an ihren Rändern zu umgehen – gerade weil auch 2030 kein Ende der illegalen Beschäftigung in Sicht sein wird, so daß sich die erwähnten ‚Pole‘ nur regional und in den Beschäftigungsbereichen verschieben werden, von den ortsfesten Beschäftigungen (Landwirtschaft) einmal abgesehen; denn Illegalität ist immer eine Antwort nicht nur auf Existenzbedingungen in den Ausgangsräumen, sondern auch auf versteckte oder informell tolerierte Angebote in den Zuwanderungsräumen. So lange diese Spannung erhalten bleibt, so lange wird es auch illegale Zuwanderungen und Beschäftigungen in der Schattenwirtschaft geben.

Im Rückblick auf den Anfang des 21. Jahrhunderts jedenfalls wird unsere Gegenwart aus der Sicht der Zeitgenossen des Jahres 2030 migrationshistorisch fast idyllisch wirken und sie zugleich ratlos lassen im Blick auf die Frage, warum in jener Vergangenheit, die heute unsere Gegenwart ist, so grundstürzende Entwicklungen wie die Ende des ersten Jahrzehnts endlich ins Blickfeld geratene Welternährungskrise und das damit - nicht nur für die davon Betroffenen – verbundene Gefährdungspotential so wenig ernst genommen worden sind.

Vor diesem Hintergrund erschiene mir im Blick auf die noch gestaltbare Zukunft – trotz meiner Zweifel an der Bereitschaft zu europaweitem effektivem Engagement in dieser Hinsicht - ist dreierlei nötig:

1. in den Ausgangsräumen der Wanderungen strategische Entwicklungsförderung nachhaltig gestalten im Sinne internationaler Absprachen und Kontrollgefüge auch um den Preis der Schädigung europäischer privatwirtschaftlicher Interessen;

2. in den europäischen Zielräumen der Wirtschaftswanderungen legale Zugänge für befristete Arbeitswanderungen ohne Familiennachzug in gesetzlich geschützte Niedriglohnbereiche ermöglichen, in denen ausländische Arbeitskräfte auf Zeit noch immer um ein Vielfaches mehr als in ihren Herkunftsräumen verdienen, damit ihre Familien unterstützen und zugleich die Mittel für den Aufbau neuer Existenzgrundlagen in den Ausgangsräumen erarbeiten können. Das ist aufrichtiger als Schattenwirtschaften offiziell zu skandalisieren, inoffiziell zu tolerieren, die dort Beschäftigten auf dem Weg zum Ziel als Wirtschaftsflüchtlinge zu bekämpfen und am Ziel als Illegale schutzlos zu lassen.

Konkreter gewendet: Es ist widersinnig, einerseits die sich ständig amöbenhaft ausbreitende informelle Ökonomie und insbesondere die illegale Ausländerbeschäftigung zu beklagen, von der längst weite Bereiche der Wirtschaft und der privaten häuslichen Dienste abhängig geworden sind und andererseits die Eröffnung eines legalen Niedriglohnssektors für ausländische Arbeitswanderer zu blockieren, zumal allgemein bekannt ist, daß die Überweisungen von Arbeitswanderern weltweit mehr als doppelt so hoch sind wie das die weltweiten Entwicklungshilfezahlungen.

3. Neben das oft genug nur proklamierte Ziel einer nachhaltigeren Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen in den Ausgangsräumen treten muß die Bekämpfung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Ängste vor Zuwanderung in den Vorstellungen der Aufnahmegesellschaften durch sachgerechte Aufklärung. Das betrifft im Falle Deutschlands ein demographisch vergreisendes Land, dessen Eintritt in die Schrumpfung in absoluten Zahlen seit Beginn der 1970er Jahre nur durch Zuwanderung aufgehalten wurde, heute

dadurch schon nicht mehr aufzuhalten ist und das deshalb um so mehr auf Zuwanderung angewiesen bleiben wird.

Es kann und darf nicht länger darum gehen, Zuwanderung möglichst abzuwehren, sondern im gemeinsamen Interesse in den Grenzen des überhaupt Möglichen zweckmäßig, d.h. möglichst passgerecht zu steuern und die Integration der Zuwanderer durch präventive, begleitende und nötigenfalls nachholende Integrationspolitik zu fördern. Dazu haben wir selbst die Handlungsspielräume im deutlich reformbedürftigen Zuwanderungsgesetz noch bei weitem nicht ausgenutzt. Um dergleichen zu gestalten, brauchen wir freilich eine Politik, die nicht nur 'bis drei zählen' kann, weil nämlich im vierten Jahr immer schon wieder Wahlkampf ist, sondern die in Jahrzehnten zu denken und zu planen bereit und imstande ist.

Klaus J. Bade,  
Osnabrück 12.5.2008